Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Die Erzählerin" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gasstinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2148, 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25. Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die 5 mm hohe 2½ mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die 5 mm hohe 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Mittwoch, den 7. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1261

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

w **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen nahmen heute im Hotel Kaiserhof ihren Anfang, unter dem Vorsitz von Herrn Frowein-Elberfeld, der in seiner Eröffnungsansprache u. a. folgendes ausführte: Unsere unabhängig von den mit Aussicht auf Annäherung jetzt ebenfalls eröffneten amtlichen Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung dienen dem gleichen Ziele, können aber nicht die Aufgabe haben, den Entscheidungen der beiden Regierungen vorzugreifen. Wir wollen uns damit bescheiden, die amtlichen Verhandlungen zu fördern durch die Vorbereitung eines Ausgleiches, soweit dies möglich ist, und wir würden uns beglückwünschen, wenn die Regierungen in dem Ergebnis unserer Beratungen eine Förderung ihrer eigenen Verhandlungen erblicken könnten. Voraussetzung für einen Erfolg unserer Besprechung ist es, daß wir einander rückhaltlose Offenheit entgegenbringen und nicht über bestehende Schwierigkeiten hinweg gleiten, sondern sie durch nüchterne und freimütige Aussprachen aufdecken und abgrenzen. In einem Augenblick, in dem wir uns zur wirtschaftlichen Verständigungsarbeit an einen Tisch setzen, sind wir uns auch bewußt, daß praktische Arbeit, die es ja hier zu leisten gilt, mit Aussicht auf Erfolg nur geleistet werden kann, wenn in beiden Ländern auch das in Rechnung gestellt wird, was man gemeinhin politische Imponderabilien nennt. Der Vorsitzende schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf glückliche Zusammenarbeit. Von polnischer Seite dankte der Führer der Delegation, Generallandschaftspräsident von Zychlinski. Auch er betonte, daß er die größten Hoffnungen auf eine offene und rückhaltlose Aussprache setze. In der Politik der modernen Staaten gewännen große Wirtschaftsprobleme immer mehr Bedeutung. Deshalb sei zu hoffen, daß die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen auch auf die allgemeinen Beziehungen der beiden Staaten einen günstigen Einfluß ausübe. Sodann erstattete Staatssekretär Dr. von Simson Bericht über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die deutsche Einstellung zum Handelsvertrag. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden zwei Kommissionen gebildet: eine für Agrarfragen unter Vorsitz des Grafen Keyserling und Ministerialrat a. D. von Pluciski und eine für Industriefragen unter Vorsitz des Generaldirektors Stähler-Gleiwitz und Prof. von Trepka. Die Kommissionsberatungen nahmen nachmittags ihren Anfang und finden, wie auch die Generalaussprache morgen ihre Fortsetzung.

Der Reichsschulgesetzentwurf.

vdz **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Der Bildungsausschuß des Reichstages beriet den § 12 des Reichsschulgesetzentwurfs, der bestimmt, daß Anträge auf Einrichtung oder Umänderung von Schulen jederzeit gestellt werden können und daß ein abgelehnter Antrag frühestens nach drei Jahren wiederholt werden kann. Der Reichsrat will diese Frist auf vier Jahre verlängern. Für diese Verlängerung setzte sich im Ausschuß auch Frau Dr. Baumer (D) ein, weil die Grundschule vier Jahre umfasse. Ministerialdirektor Kaestner bemerkte, daß sich die Länder auf diesen preußischen Vorschlag von vier Jahren im Reichsrat geeignet hätten. Für die Reichsregierung erklärte Ministerialdirektor Pellengahr, daß gegen die Frist von 4 Jahren keine Bedenken beständen. Die Kommunisten lehnten jede Beschränkung des Antragsrechts ab. Sie verlangten daß ein Antrag jederzeit gestellt und zurückgezogen werden könne. Die Sozialdemokraten hielten die Bemessung der Frist für unerheblich. Der Ausschuß verband mit der Beratung des § 12 eine Aussprache über den vom Reichsrat eingefügten § 12a: „Von Amtswegen einzurichtende neue Schulen sind Gemeinschaftsschulen soweit sie nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten die ihre Kinder der neuen Schule zuführen, in eine andere Schulform umzuwandeln sind. Der Antrag kann bereits vor Einrichtung der neuen Schule gestellt werden." Die Sozialdemokraten und Demokraten beantragten hierzu ein befristetes Anmeldeverfahren, damit den Erziehungsberechtigten die Pflicht auferlegt werde, nach Gründung oder Umwandlung der Schule ihr Kind nun auch tatsächlich der von ihnen beantragten Schule zuzuführen. Die Kommunisten hatten gegen das befristete Anmeldeverfahren nichts einzuwenden, lehnten es aber ab, den Erziehungsberechtigten eine solche Pflicht aufzuerlegen. Auch Ministerialdirektor Pellengahr hatte keine grundsätzlichen Bedenken gegen ein befristetes Anmeldeverfahren. Der Entwurf habe davon abgesehen, weil er den Ländern nicht vorgreifen wollte. Daraufhin beantragte das Zentrum folgende Fassung: „Vor der Entscheidung über den Antrag auf Umwandlung einer Schule ist ein befristetes Anmeldeverfahren einzurichten." — Weiterberatung Mittwoch.

Braun antwortet nicht mehr.

b **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Ministerpräsident Braun wird, laut „Vossischer Zeitung", das Schreiben des Reichskanzlers nur zur Kenntnis nehmen. Zu einer Erwiderung liege keine Veranlassung vor.

*

Der Entschluß des preußischen Ministerpräsidenten, nicht mehr auf das Schreiben zu antworten, ist sehr vernünftig. Das deutsche Volk würde der Fortsetzung dieser sehr überflüssigen Auseinandersetzung zwischen den Regierungen des Reiches und Preußens kein Verständnis entgegenbringen, ebensowenig wie es für die Drohung des preußischen Ministerpräsidenten, die diplomatischen Beziehungen zum Reiche abzubrechen, Verständnis aufgebracht hat. Mit der Feststellung des Kanzlers, daß Hrn. v. Keudell mit dem allerdings nicht sehr klugen Schritt jeder Angriff ferngelegen habe, mag die Sache ihr Bewenden haben, nachdem auch der sehr wenig Takt verratende Brief des recht empfindlichen Herrn Braun, die gebührende Zurückweisung erfahren hat. Es bleibt zu wünschen, daß in Zukunft jeder Anlaß zu solchen unliebsamen Erörterungen vermieden wird.

Das Echo, daß das Schreiben des Kanzlers in der Presse gefunden hat, ist nach Parteistellung verschieden. Die deutschnationale Presse stimmt der Antwort des Reichskanzlers zu unter Hervorhebung der sachlichen Form, die sich vorteilhaft von der des Braunschen Briefes unterscheide. Die „Tägliche Rundschau" erklärt, daß die Antwort des Reichskanzlers durchaus dem politischen und verfassungsmäßigen Zustande gerecht werde. Die Zurückweisung der Art, wie die preußische Regierung es wieder einmal gegen die Reichsregierung vorzugehen für nötig befunden habe, sei durchaus berechtigt und zu billigen. Die „Germania" liest aus des Reichskanzlers Antwort eine leichte Mißbilligung des Verhaltens des Reichsinnenministers heraus, wenn diese auch nicht offen ausgesprochen werde. Damit sei allerdings eine nur sehr milde Form der Kritik gewählt worden, einer Handlung gegenüber, die nach Auffassung des Blattes nicht gerechtfertigt werden kann. Daß die Reichsregierung gegenüber der Boykottandrohung sich zurückhaltend benimmt, sei ein Zeichen für ihren Verständigungswillen, dem Herr Braun zweifellos Rechnung tragen werde, weil er ein kluger Politiker sei. Zum Schluß appelliert das Blatt an den Reichsinnenminister, daß auch er sich künftig Mühe gebe, politische Zwischenfälle zu vermeiden. Die „Vossische Zeitung", die wissen will, daß vor dem Zustandekommen der Antwort des Reichskanzlers Dutzende von Entwürfen ausgearbeitet, verworfen, redigiert und gefeilt worden seien, sagt, daß mit dem Schreiben die Reichsregierung bekunde, daß sie die Stellungnahme zu der Frage des Studentenrechts nicht zu der ihren machte, sondern sie ablehne. Der „Vorwärts" benutzt die Gelegenheit und behauptet, von Herrn Marx sei nichts anderes zu erwarten. Er sei so gut wie seine eigene Partei der Gefangene des Bürgerblocks und der den Bürgerblock führenden Partei, der Deutschnationalen.

Ablehnung der Mißtrauensanträge im Reichstag.

229 gegen 192 Stimmen.

tu **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** **Im Reichstag fand heute die Abstimmung über die sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Regierung statt. Für die Anträge, die in einer gemeinsamen Abstimmung erledigt wurden, stimmten mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Demokraten, die Nationalsozialisten und der Abgeordnete Dr. Wirth vom Zentrum. Völkische und Wirtschaftspartei enthielten sich, während die Hannoveraner und Bayerischen Bauernbündler mit den Regierungsparteien dagegen stimmten. Die Mißtrauensanträge wurden mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.**

*

pd **Berlin**, 6. Nov. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.
Die Besprechung der Interpellationen über

die Notlage im Aachener Gebiet,

in der Pfalz und im Bezirk Trier sowie über die Verkehrsverhältnisse in Schlesien wird fortgesetzt.

Abg. **Stelling**-Oppeln (S) betont, daß die Fragen der Grenzbevölkerung das ganze deutsche Volk berührten. Besonders schwer leide Oberschlesien, wo Grenzziehungen schlimmster Art vorgekommen seien.

Abg. **Wendemuth** (S) erklärt, beinahe die ganze Provinz Schlesien sei notleidend. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Schlesien sei dringend zu wünschen. Der Redner verweist besonders auf die Notlage im Waldenburger Industrierevier.

Abg. **Knoll** (Z) schildert die Verhältnisse in Rheinhessen, wo auf 10 000 Einwohner 400 Mann Besatzung kämen. Neben industriellen Betrieben seien dort schon 500 Handwerksbetriebe zugrunde gegangen.

Oberregierungsrat Dr. **Edward** erklärt als Vertreter der hessischen Staatsregierung, Hessen sei enttäuscht darüber, daß die Verminderung der Besatzung für das Hessenland kaum irgendwie fühlbar geworden sei. Trotz der schweren Wohnungsnot habe sich die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen nicht verringert. In Mainz sei beinahe jeder siebente Mensch ein französischer Soldat. Die hessische Regierung bitte die Reichsregierung besonders um vermehrte Zuweisung von Aufträgen, um der notleidenden hessischen Wirtschaft Beschäftigungsmöglichkeit zu geben.

Abg. **Schmidt**-Hirschberg i. Schl. (DV) begrüßt die Erklärungen des Ministers zugunsten Schlesiens. Hier sei in der Vergangenheit viel versäumt worden. Schlesien sei das Bollwerk Deutschlands im Osten, die Stärkung des Deutschtums an der polnischen Grenze sei in erster Linie eine Frage des Verkehrs und der Verkehrswege.

Abg. **Schulte**-Breslau (Z) unterstreicht die Bedeutung der nationalen und wirtschaftlichen Gefährdung des deutschen Ostens.

Abg. **von Frentagh-Loringhoven** (DV) bezeichnet die Mitteilung, daß in diesem Jahre für das Bahnbauprogramm keine Mittel vorhanden seien, als eine schwere Enttäuschung für Niederschlesien.

Damit sind die Interpellationen erledigt. Angenommen wird ein Antrag, den Verkehrsausschuß zu beauftragen, einen Bericht über die Verkehrsfragen des Ostens zu erstatten.

Es folgt

die Abstimmung über die Mißtrauensanträge

der Sozialdemokraten und Kommunisten, über die in einer Abstimmung gemeinsam entschieden wird. Für die Mißtrauensanträge stimmen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Demokraten, die Nationalsozialisten und der Abgeordnete Dr. Wirth (Z); Völkische und Wirtschaftspartei enthalten sich, während Hannoveraner und Bayerische Bauernbündler mit den Regierungsparteien dagegen stimmen. Die Mißtrauensanträge werden mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der ein Verkehrsprogramm für den Aachener Bezirk fordert, wird angenommen.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch 15 Uhr: Krankenversicherung für Seeleute, Bericht des Ruhrausschusses, Genfer Übereinkommen über die Unfallversicherung.

Schluß 18.30 Uhr.

Um die Beamtenbesoldungsvorlage.

Die zweite Beratung im Haushaltsausschuß.

vdz **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute bei der zweiten Lesung der Besoldungsordnung der Reichswasserschutz aus der besonderen Besoldungsordnung D. herausgenommen und in die allgemeine Besoldungsordnung A. eingefügt. Wie der Vorsitzende Abg. Heimann (S) mitteilte, sind schon wieder mehr als hundert Einzelanträge eingegangen. Bei der Beratung des Besoldungsdienstalters beantragten die Sozialdemokraten Verbesserungen bei den früheren Kapitulanten und den schwerkriegsbeschädigten Beamten. Die Regierung erklärte diese Anträge aus finanziellen Gründen für nicht annehmbar. Schon durch die bestehenden Ausführungsbestimmungen werde ein völliger Ausgleich zwischen den verschiedenen schwerkriegsbeschädigten Beamten geschaffen. Die Anträge wurden abgelehnt und der Paragraph angenommen.

§ 10 bestimmt nach der Fassung der ersten Lesung: „Ledige Beamte bis zum vollendeten 45. Lebensjahre erhalten anstelle des Wohnungsgeldzuschusses den der nächst niedrigen Tarifklasse. Anstelle des Wohnungsgeldzuschusses VII treten hierbei die um 40 v. H. gekürzten Sätze. Diese einschränkende Bestimmung gilt nicht für Geistliche." § 10 wird in der Fassung der ersten Lesung genehmigt. Die §§ 11 und 12 bleiben unverändert. Desgleichen § 13 der die „Kinderzuschläge" regelt.

Der Ausschuß erledigte dann eine Reihe weiterer Paragraphen bis zum § 20 der Verfassung erster Lesung. Auf einen Hinweis der Demokraten, daß die Aufhebung der Vierteljahrszahlung an Beamte eine Verletzung wohl erworbener Rechte der Beamten und deshalb eine Verfassungsverletzung sei, wurde von der Regierung erklärt, daß diese Bestimmung keinen verfassungsändernden Charakter habe, da die vierteljährliche Gehaltszahlung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes aufgehoben sei. — Weiterberatung Mittwoch.

Reichskabinett und Besoldungsgesetz.

w **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Das Reichskabinett hielt heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx eine Sitzung ab, in der die noch offen gebliebenen Punkte des Besoldungsgesetzes erledigt wurden.

Fraktionssitzungen der Deutschnationalen und des Zentrums.

vdz **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Am Dienstagabend traten im Reichstage die Fraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen zu ihren Fraktionssitzungen zusammen. Beide Parteien beschäftigten sich mit der Besoldungsvorlage. Die Deutschnationale Partei entschied sich für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Die nach der Abstimmung über die Mißtrauensanträge, bei der Dr. Wirth gegen das Kabinett gestimmt hatte, im Reichstage umlaufenden Gerüchte, daß sich das Zentrum mit dieser Abstimmung seines Fraktionsmitgliedes beschäftigen werde, bewahrheiten sich nicht. Das Zentrum hat, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, in seiner Fraktionssitzung diese Angelegenheit überhaupt nicht berührt.

Die Wirtschaftspartei und die Beamtenbesoldung

vdz **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei beschäftigte sich in seiner Tagung am Dienstag mit Fragen der Beamtenbesoldung, der Rentnerfürsorge und dem Liquidationsschädengesetz. Nach Referaten mehrerer Reichstagsabgeordneter und Landtagsabgeordneter wurden nach eingehender Aussprache zur Beamtenbesoldungsfrage beschlossen, daß die Partei der Besoldungsfrage nur zustimme, wenn die Mittel zur Deckung ohne neue Steuern und ohne Steuererhöhung einwandfrei nachgewiesen würden. Demgemäß werden die Vertreter der Partei im Reichstag und im preußischen Landtag den Antrag einbringen, daß vom Preußenetat 10 Prozent der gesamten Ausgaben gegenüber 1927 gestrichen werden soll. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen in erster Linie zur Durchführung der Rentnerfürsorge und des Liquidationsschädengesetzes verwendet und die Besoldungsvorlage erst durchgeführt werden, wenn nach Lösung dieser Aufgaben weitere Mittel zur Verfügung stehen. Ferner billigte der Reichsausschuß die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion zum Reichsschulgesetz.

*

Ein Schlichter für die Eisenindustrie.

w **Köln**, 7. Dez. **(Tel.)** Der „Kölnischen Zeitung" zufolge hat der Reichsarbeitsminister in dem schwebenden Streit in der Großeisenindustrie das Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt und den Schlichter für Rheinland Dr. Jötten, der bisher schon bei den Vorverhandlungen als vermittelnder Vorsitzender tätig war, beauftragt, als amtlicher Schlichter den Fall an sich zu ziehen, falls die Verhandlungen der beiden Parteien in Düsseldorf ergebnislos bleiben sollten.

Sozialdemokratische Interpellation über die Krise in der Eisenindustrie.

‡ **Berlin**, 6. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu dem drohenden Konflikt in der Eisenindustrie eine Interpellation eingebracht, in der es heißt, die Stillegung der deutschen Großeisenindustrie sei ein von ganz unübersehbaren Folgen begleiteter Schlag gegen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, den Staat und das deutsche Volk. Er würde die Armee der Arbeitslosen riesig vergrößern, das ganze deutsche Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttern und der Allgemeinheit unerhörte Lasten durch Arbeitslosenunterstützung und Steuerausfall aufbürden. Die Reichsregierung wird gefragt, was sie zu tun gedenke, um die Achtung des Staatswillens auch den Unternehmern gegenüber durchzusetzen, um die Durchführung ihrer Verordnung über das Dreischichtensystem zu sichern und um die deutsche Wirtschaft und die Finanzen sowie das deutsche Volk vor einer schweren Katastrophe zu bewahren.

Die Novemberübersicht des Reparationsagenten.

w **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Nach der vom Bureau des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlichten Übersicht über die verfügbaren Gelder und vorgesehenen Zahlungen vom Ende des dritten Annuitätsjahres bis zum 30. Nov. 1927 wurden von dem verfügbaren Gesamtbetrag von 541 727 158,93 Mk. für Reparationszwecke, 170 959 814,96 Mk. in ausländischer Währung transferiert und 220 018 115 Mark in deutscher Währung gezahlt. Im Monat November allein betrugen die entsprechenden Ziffern rund 120 Millionen 67 Millionen und 56 Millionen. Der Gesamtbetrag der geleisteten Überweisungen betrug somit in den drei ersten Monaten des vierten Annuitätsjahres 390 977 929,96 und im Monat November rund 123 Millionen. Davon erhielten Frankreich 204 Millionen bezw. 58 Millionen, das britische Reich 78 bezw. 26 Millionen, Italien 23 bezw. 8,8 Millionen und Belgien 24,8 bezw. 9,8 Millionen.

Der Betrugsversuch mit Hamburgischer Anleihe.

w **Hamburg**, 6. Dez. Zu Meldungen aus Paris, daß im Zusammenhange mit den Fälschungen ungarischer Staatsanleihen auch versucht worden sei, größere Beträge Hamburgischer Staatsanleihen als Altbesitz zur Ablösung zu bringen, wird von zuständiger Seite bekannt gegeben, daß im Juni d. J. dem Reichskommissar für Ablösung von Reichsanleihen alten Besitzes in Berlin und der Finanzdeputation von privater Seite aus Berlin mitgeteilt wurde, daß von dort und von Hamburg etwa 6 Millionen Mark hamburgischer Staatsanleihen nach Frankreich geschafft worden waren von wo aus sie als Altbesitz zum Umtausch angemeldet werden sollten. Kurze Zeit darauf ist dann auch beim Sonderkommissar für die deutschen Reichsanleihen in Paris, der inzwischen von hier aus gewarnt worden war, ein Antrag dreier französischer Anleiheinhaber eingereicht worden, mit dem diese die Genehmigung zur nachträglichen Anmeldung von 6 Millionen Mark hamburgischer Staatsanleihen erbaten. Die Finanzdeputation hat in Übereinstimmung mit der deutschen Sonderkommission den Antrag abgelehnt. Weitere Versuche für größere Beträge hamburgischer Markanleihen aus Frankreich die Genehmigung zur nachträglichen Anmeldung zu erhalten, sind nicht gemacht worden.

Um die Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes.

Die heutige Fünfmächtebesprechung in Genf.

tu **Genf**, 6. Dez. Über den Inhalt der Fünfmächtebesprechung wird heute von maßgebender deutscher Seite folgendes mitgeteilt: Die Unterredung fand auf eine Einladung Briands statt, der die Vertreter von England, Deutschland, Italien und Japan zum Tee eingeladen hatte, um sich hierbei über den weiteren Verhandlungsmodus des polnisch-litauischen Konfliktes aussprechen zu können. Hierbei sind neben der Erörterung des polnisch-litauischen Konfliktes auch die übrigen auf der Tagesordnung des Rates stehenden Fragen sowie die Herabsetzung der Zahl der Ratstagungen erörtert worden.

In Bezug auf die weitere Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles sind folgende Vereinbarungen zwischen den Mächten erzielt worden: Der Völkerbundsrat wird morgen nachmittag um 3,30 Uhr in einer öffentlichen Sitzung die Diskussion über den polnisch-litauischen Streitfall beginnen. Hierbei wird als Erster der litauische Ministerpräsident Woldemaras eine Erklärung abgeben, an die sich dann eine Erklärung des polnischen Außenministers Zaleski anschließen wird. Der holländische Außenminister Blookland wird zum Berichterstatter für diese Frage ernannt werden und vom Völkerbundsrat beauftragt werden, ein Protokoll über diese Frage herzustellen.

Wie ausdrücklich erklärt wird, ist in der heutigen Fünfmächtebesprechung in großen Linien eine einheitliche Auffassung zwischen den Mächten über die weitere Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles festgestellt worden und zwar ist man übereingekommen, daß in erster Linie eine Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen herbeigeführt werden soll. Ferner wird mitgeteilt, daß der litauische Ministerpräsident Woldemaras eine Rechtsverwahrung in der Wilnafrage zu Protokoll geben wird. Diese Erklärung wird ausdrücklich in das Protokoll des Berichterstatters aufgenommen werden. Von polnischer Seite ist man bereit, diese Rechtsverwahrung Litauens zur Kenntnis zu nehmen.

Der griechische und der ungarische Außenminister bei Dr. Stresemann.

tu **Genf**, 6. Dez. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute nachmittag den griechischen Außenminister Michalakopulos. In der Unterredung sind die Liquidierung der Salamis-Affäre sowie die deutsch-griechischen Handelsvertragsverhandlungen erörtert worden. Anschließend empfing Dr. Stresemann den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen, mit dem er die deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen erörterte. Insbesondere ist hierbei die Möglichkeit einer Abschaffung des Visumszwanges zwischen Deutschland und Ungarn erörtert worden.

General Baratier wiedergewählt.

tu **Genf**, 6. Dez. Der Völkerbundsrat hielt im Anschluß an die öffentliche Sitzung eine geheime Sitzung ab, in deren Verlauf die Präsidenten der Investigationskommission des Völkerbundes ernannt wurden. Der Präsident der Investigationskommission für Deutschland, der französische General Baratier, sowie der Präsident der bulgarischen Investigationskommission, der holländische Oberst Sulmann, wurden wiederum für ein weiteres Jahr ernannt, dagegen wurden zum Präsidenten der österreichischen Investigationskommission der italienische General Calcagno und zum Präsidenten der ungarischen Investigationskommission der englische General Clive ernannt. Ferner beschloß der Völkerbundsrat auf Vorschlag Dr. Stresemanns den Holländer Colijn, der bereits den Vorsitz der ersten Konferenz zur Beschränkung der Aus- und Einfuhrhemmungen hatte, zum Präsidenten der bevorstehenden zweiten Konferenz zu ernennen.

Die Botschaft Coolidges an den Kongreß.

w **Washington**, 6. Dez. **(Tel.)** In seiner Jahresbotschaft, die heute im Kongreß verlesen wurde, schlägt Präsident Coolidge die aus seinen Reden der letzten Monate bekannten Maßnahmen zur Fortführung der Verwaltung des Landes in der in den letzten vier Jahren erprobten und wohlbewährten Weise vor. Coolidge befürwortete für die Marine ein mäßiges Baupregramm. Er betont in diesem Zusammenhang, niemand als Amerika selbst habe zu bestimmen, was es zur Verteidigung benötige. Im übrigen besteht Coolidge auf äußerste Einschränkung aller Ausgaben und erklärt, eine Herabsetzung der Schutzzölle sei vollkommen indiskutabel. Als außenpolitisches Ziel der Vereinigten Staaten bezeichnet Coolidge die Förderung des Friedensgedankens. Schließlich empfiehlt Coolidge der Verabschiedung der Vorlage über die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums.

In seinem Begleitbericht zu dem heute dem Kongreß vorgelegten Haushaltsvoranschlag für 1928 betont Coolidge erneut, daß bei der Steuerermäßigung nicht über den von Mellon empfohlenen Maximalbetrag von 225 Millionen Dollar hinausgegangen werden dürfe, wenn man das Gleichgewicht des 4258 Millionen Dollar betragenden Budgets nicht gefährden wolle.

In seinem heute dem Kongreß vorgelegten Jahresbericht bezeichnet der Schatzsekretär Mellon die Geschäftslage als gegenüber dem Vorjahre zwar etwas zurückgegangen, aber als trotzdem durchaus normal und gesund. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 4129 Millionen, die Gesamtausgaben auf 3493 Millionen Dollar, was also einen Überschuß von 636 Millionen Dollar ergibt, wovon 612 Millionen Dollar zur Abtragung der Staatsschuld verwandt wurden. Mellon befürwortet dringend die Rückgabe des ehemals feindlichen Eigentums.

Preußischer Landtag.

pd **Berlin**, 6. Nov. **(Tel.)**

Der preußische Landtag begann heute die erste Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzantrages, der

einen Teil der Landgemeindeordnung vorweg regeln

will, nachdem die Beratung der ganzen Landgemeindeordnung durch die wiederholte Obstruktionspolitik der Rechtsparteien, die das Haus beschlußunfähig machte, sich zur Zeit als undurchführbar erwiesen hat.

Abg. **Brecour** (Soz.) beantragt namens der Regierungsparteien Überweisung des Antrages der Regierungsparteien an den Eingemeindungsausschuß.

Abg. Dr. **von Gersdorff** (DN.) erklärt, das Vorgehen der Regierungsparteien verrate eine Eile, die man außerhalb des Hauses als Erpressertaktik bezeichnen würde. Einer solchen Taktik würden sich die Deutschnationalen nicht beugen. Insbesondere die Aufhebung der Gutsbezirke sei keine sachlich durchdachte Arbeit.

Abg. **von Eynern** (DV.) erklärt, daß die Regierung bei dem vorliegenden Gesetzantrag wie Onkel Bräsig gehandelt hätte, dem es nur auf die Witzigkeit und nicht auf die Richtigkeit ankomme. Zweifelhaft sei, ob die Aufhebung der Gutsbezirke allgemein richtig sei. Diese Frage erfordere eine objektive Prüfung. Viele Gutsbezirke würden überhaupt nicht aufzuheben sein. Da von den rund 12 000 Gutsbezirken 3000 nur wenig mehr als 50 Einwohner hätten, wäre es Luxus, wenn man ihnen einen Amtsvorsteher und eine komplizierte Gemeindeverwaltung geben wolle. Die Deutsche Volkspartei werde im Ausschuß an dem Gesetzesantrag mitarbeiten, um die von ihr

beanstandeten Bestimmungen herauszubringen. Die Deutsche Volkspartei sei zur Verständigung bereit gewesen.

Abg. **Killian** (Komm.) betont, es komme vor allem darauf an, die Gutsbezirke in absehbarer Zeit aufzuheben. Die kommunistische Partei würde für die Auflösung der Gutsbezirke eine bestimmte Schlußfrist beantragen. Bei den weiteren Ausführungen des Redners kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien wird darauf dem Ausschuß überwiesen. Der Antrag bringt u. a. die Möglichkeit von Eingemeindungen und sieht weiter die Auflösung der Gutsbezirke, die Umgestaltung der rheinischen Landbürgermeistereien in Ämter und die Bestellung der Gemeindevorstände auch in der Provinz zu voll stimmberechtigten Gemeindevorstehern vor.

Einer Vorlage über die Aufrechterhaltung von Teilen des Verwaltungsvereinfachungs-Gesetzes vom 13. Mai 1918 wird der Ausschußberatung überwiesen.

Es folgt die Beratung eines Ausschußantrages, dem ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung über

Verhinderung der sogenannten Schwarzarbeit

zugrunde liegt. Der Ausschuß fordert, daß auf die Reichsregierung einwirken möge, die überhandnehmende Schwarzarbeit verhindern bezw. eindämmen soll.

Das Haus nimmt hierauf die Abstimmungen zu dem Ausschußantrag über die Herabsetzung der Verwaltungsgebühren vor. Der Antrag beschäftigt sich u. a. mit der Feuerbestattung und ersucht das Staatsministerium um eine Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung herbeizuführen, die Gebühren der Feuerbestattung aufzuheben. Der Antrag wird gegen die Rechtsparteien angenommen.

Die unterbrochene Beratung des Antrages über die Schwarzarbeit wird wieder aufgenommen.

Abg. **Kölges** (Z) spricht sich für einen ausreichenden Schutz gegen die Schwarzarbeit aus.

Abg. **Killian** (K) erklärt, die Schwarzarbeit könne nur durch bessere Löhne wirksam bekämpft werden. Seine Fraktion sei gegen den Antrag.

Abg. **Kunert** (D) fordert wirkliche Einhaltung des Achtstundentages.

Abg. **Thiele** (S) spricht sich für den Ausschußantrag aus.

Der Antrag des Hauptausschusses über die Schwarzarbeit wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Eine Große Anfrage der Deutschen Volkspartei, die sich mit der Notlage der Stadt Schwedt a. O. beschäftigt, wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung kommunistischer Anträge, die eine Ablehnung der reichsgesetzlich vorgeschlagenen

Lockerung der Kündigungsbestimmungen

sowie die Aufhebung der preußischen Lockerungsverordnung in der Wohnungszwangswirtschaft und die Beseitigung der Hauszinssteuer verlangen.

Abg. **Stoll** (K) erklärt bei der Begründung der Anträge, der preußische Wohlfahrtsminister verschaffe durch diese Verordnungen den Hausbesitzern Wuchergewinne. Durch jede Lockerung der Zwangswirtschaft steige naturgemäß die Miete.

Abg. **Meyer-Solingen** (S) weist kommunistische Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie zurück und erklärt, seine Partei sei der Auffassung, daß der Mieterschutz im Augenblick noch nicht abgebaut werden dürfe. Der Redner fordert eine Novellierung der Verordnung des Wohlfahrtsministers, die die Aufgebung des Mieterschutzes in Gemeinden bis 4000 Einwohnern bezweckt. Bedenklich sei ferner, daß auch in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern die Wohnungsmangelbestimmungen aufgehoben werden können. Der Redner stimmt dem kommunistischen Antrag zu, wonach die Reichsratsvertreter angewiesen werden sollen, gegen die Lockerung der Kündigungsschutzbestimmungen zu stimmen.

Abg. **Sonnenschein** (DN) betont, die zwangsläufigen Preissteigerungen für Materialien und Löhne hatten Mietssteigerungen naturgemäß im Gefolge. Mit Brandreden, wie sie die Vorredner gehalten hätten, sei den Mietern nicht geholfen und würden Wohnungen nicht gebaut. Die Besetzung der Wohnungsämter hätte schon längst durchgeführt sein müssen, besonders bei kleinen Gemeinden.

Abg. **Kölzenburger** (Z) hebt hervor, daß der November-Erlaß des Wohlfahrtsministers über die Lockerung der Zwangswirtschaft sehr gute Wirkungen gezeitigt habe. Dasselbe sei von den neueren Maßnahmen des Wohlfahrtsministers zu erhoffen. Das Aufkommen der Hauszinssteuer müsse dem Wohnungsbau möglichst restlos zugeführt werden.

Abg. **Neumann-Frohnau** (DVp) begrüßt die Verordnung über die Teilung der großen Wohnungen. Die jetzige Mieterschutzgesetzgebung schütze unter Umständen mehr den schikanösen Mieter und schädige den anständigen Mieter. Die kommunistischen Anträge seien überflüssig.

Das Haus überweist dann die kommunistischen Anträge der Ausschußberatung und vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr mit der Tagesordnung: Deutschnationale Interpellation über die Verordnung des Kultusministers über das Studentenrecht, Anträge und Anfragen.

Deutsches Reich.

Die Initiative der preußischen Regierungsparteien in der Beflaggungsfrage.

b **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Wie die Vossische Zeitung zu wissen glaubt, wird innerhalb der Parteien der preußischen Regierungskoalition erwogen, die Frage der Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze als Initiativgesetz endgültig zu regeln. In dem neuen Gesetz soll bestimmt werden, daß die Beflaggung öffentlicher Gebäude eine Angelegenheit der Landeshoheit ist und somit nur von der allgemeinen Landesverwaltung geregelt wird. Eine Beflaggung von Gebäuden, die eigentlich öffentlich-rechtlichen Charakters sind, soll das Staatsministerium bestimmen.

Wohnungsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen beriet am Dienstag über einen sozialdemokratischen Antrag betreffend die Verschärfung der Mietwucherbestimmungen in den §§ 49 und 49 a des Mieterschutzgesetzes. Ferner lag ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung vor, wonach Bestrafungen aus Anlaß der Wucherparagraphen erst nach dem 23. Juli 1926, dem Termin, an dem die Preistreibereiverordnung außer Kraft getreten ist, erfolgen sollen. Auch die Kommunisten beantragten Verschärfung der Wucherbestimmungen. Ministerialdirektor Degg konnte in den Anträgen keine Besserung erblicken. Die Wucherbestimmungen der §§ 49 und 49 a wurden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge unverändert angenommen.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

b **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Am Donnerstag beginnen laut „Vorwärts" die Verhandlungen in Berlin über die Ortslohnzuschläge für die Eisenbahner. Die Verhandlungen sollen bis Sonntag, den 18. Dezember beendet sein, so daß die festgesetzten Zulagen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden können.

22½ Millionen Fehlbetrag im Thüringer Etat.

w **Weimar**, 6. Dez. **(Tel.)** In der heutigen Landtagssitzung erklärte Finanzminister Toelle, daß der ursprüngliche Fehlbetrag aus dem Haushaltsentwurf der Regierung sich durch Neueinstellungen von 10 Millionen Mark auf etwa 22½ Millionen Mark erhöht habe. Für 1928 sieht der Minister schon jetzt einen Fehlbetrag von 30 Millionen voraus. Der vorliegende Etat sei daher nicht durchführbar weil die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages nicht zu erhalten seien. Unter solchen Verhältnissen wäre auch eine Besserung des Finanzausgleichs zwischen Thüringen und dem Reiche nicht zu erwarten. Jedenfalls könne niemand für den Etat in der vorliegenden Form Verantwortung tragen.

Zwischenfälle im Badischen Landtag.

w **Karlsruhe**, 6. Dez. **(Tel.)** Im Landtag kam es heute zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten und kommunistischen Abgeordneten, als ein Antrag zur Abstimmung gelangen sollte, wonach eine Interpellation über die Tabakarbeiteraussperrung inzwischen ihre Erledigung gefunden habe und die Regierung sich bereit erklärt, den Tabakarbeitern einen Betrag von 40 000 Mark zur Verfügung zu stellen und nötigenfalls weiter Fürsorgemaßnahmen zu treffen. Der kommunistische Abgeordnete Bock erhob hiergegen heftigen Widerspruch und zog sich drei Ordnungsrufe zu. Die Sitzung mußte schließlich unterbrochen werden da sich die Kommunisten nicht beruhigten. Nach der Wiedereröffnung dauerten die erregten Zwischenrufe der Kommunisten weiter an und der Präsident schloß den Abgeordneten Bock von der Sitzung aus. Dieser weigerte sich den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde schließlich von neuem unterbrochen. Während der Pause verließ dann der Abgeordnete Bock den Sitzungssaal.

Der Verband der preußischen Provinzen zur Kraftfahrzeugsteuer.

In einer Eingabe an den Reichstag verlangen die preußischen Provinzen, eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Sie weisen, wie der Amtliche Preußische Pressedienst daraus mitteilt, darauf hin, daß der Bedarf an Unterhaltungskosten mit mehr als 500 Millionen zu veranschlagen ist. Hinzu kommt aber noch der durch den Kraftwagenverkehr notwendig gewordene Umbau der Straßen, der mit im ganzen 1800 Millionen RM. zu veranschlagen ist, d. h auf 10 Jahre verteilt, auf 480 Millionen RM. jährlich. Ist der Umbau aus Mangel an Mitteln nicht möglich, so werden durch die fortwährenden Unterhaltungsarbeiten viele Millionen Volksvermögen vergeudet und die Unterhaltung wird in Kürze so kostspielig werden, daß sie undurchführbar wird. Der Verfall des Straßennetzes wäre dann unausbleiblich.

Da auf Anleihen in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen ist, stehen zur Finanzierung außer der Kraftfahrzeugsteuer nur die Realsteuern zur Verfügung. Diejenigen Beträge, die die Unterhaltungspflichtigen nicht im Wege der Kraftfahrzeugsteuer erhalten, müssen sie aus Grund- und Gewerbesteuern aufbringen. Selbst wenn die Kraftfahrzeugsteuer mehr bringen sollte, als veranschlagt, wäre sie doch noch auch nicht entfernt als ausreichend anzusehen. Ihre Erhöhung sei daher dringend notwendig. Die bisherige Steuer habe die Zunahme der Wagen nicht beeinträchtigt. Für den Absatz seien schlechte Straßen weit sicherlicher als eine Erhöhung der Steuern.

Für ungerechtfertigt hält die Eingabe es, daß die Progression für Personenwagen ganz abgebaut ist. Die schnellfahrenden starken und schweren Personenwagen nutzen die Straßen verhältnismäßig bedeutend mehr ab, als die schwachen Wagen. Deshalb sei die Progression, wenn auch vielleicht nicht in demselben Maße wie früher, wieder einzuführen. Da die schweren Lastkraftwagen die schlimmsten Zerstörer der Straßen sind, wird für Wagengewichte über 3 Tonnen eine Progression gefordert. Die Zugmaschinen sollen in den Steuersätzen den Lastkraftwagen gleichgestellt werden. Ihre bisherige Begünstigung soll in Wegfall kommen. Ebenso wird auch eine Steuer für Anhänger gefordert, die durch ihre schweres Gewicht und die Schleuderbewegungen die Straßen ebenfalls stark beanspruchen.

Saarbrücken „im Elsaß"!?

Man schreibt uns:

So ist in der mir zugestellten Steuerkarte für 1928 mein Geburtsort bezeichnet.

Saarbrücken hat jedoch nie zum Elsaß, sondern seit seinem Bestehen, seit etwa 900, bis auf 33 Jahre zu Deutschland gehört. Nur zweimal war die Grafschaft und das spätere Fürstentum Nassau-Saarbrücken auf kurze Zeit Frankreich angegliedert worden. 1681—1697 durch Ludwig XIV. unter Ausbeutung seines Reunion-Verfahrens, 179 —1815 nach Eroberung durch die französische Republik. Durch den zweiten Pariser Frieden wurde das Saarbrücker Land auf den ausdrücklichen Wunsch seiner Einwohner, die eine entsprechende Eingabe an Friedrich Wilhelm III. gerichtet hatten, Preußen einverleibt.

So belanglos an sich die unrichtige Angabe in der Steuerkarte ist, so erregt doch die Tatsache, daß dieser Fehler in einer deutschen Urkunde unterlaufen konnte, Bedenken. Denn sie ist ein Beweis dafür, daß Saarbrücken, nebenbei eine Stadt von 130 000 Einwohnern, und das die Stadt umschließende Saargebiet mit rund ¾ Millionen Einwohnern, zu dem auch ein Teil der bayerischen Rheinpfalz gehört, nicht jedem Deutschen als rein deutsches Land bekannt ist. Es ist dies heute um so bedenklicher, als das Saargebiet nach dem Versailler Vertrage bis zum Jahre 1935 der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt und seine Bevölkerung dem schwersten seelischen und wirtschaftlichen Druck unter der vom Völkerbund eingesetzten, im Grunde jedoch französisch eingestellten Saarregierung ausgesetzt ist. Nur ein Sehnen geht durch das von Deutschland abgetrennte, wie eine Kolonie verwaltete Gebiet: So bald wie möglich zu Deutschland zurückzukehren!

Jeder Deutsche sollte diese Sehnsucht seiner politisch entrechteten Volksgenossen nach ihrem Vaterlande nach besten Kräften, zum wenigsten durch Anerkennung der treudeutschen Haltung der Saargebietsbevölkerung und durch Ermutigung zum Ausharren, stützen. Das ist aber nur zu erwarten, wenn jeder Deutsche auch weiß, daß das Saargebiet deutsches Land, wozu beizutragen, diese Zeilen bemüht sind.

Schwurgericht.

Meineid und Verleitung zum Meineide.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde am Dienstag gegen den Holzschuhmacher Heinrich Schücker aus Graes und den Arbeiter Hermann Buß aus Epe verhandelt. Es handelt sich wiederum um eine Alimentenklage, in der Hermann Buß in seinem eigenen Interesse seinen Freund Schücker durch die Zahlung einer Geldsumme zu einem Meineide veranlaßt haben soll. Buß soll auch seinem Freunde in einem früheren Verfahren ebenfalls gefällig gewesen sein. Von den Angeklagten wird die Tat bestritten. Auch zu dieser Verhandlung sind über dreißig Zeugen geladen worden.

Der **Staatsanwalt** hielt beide Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig. Er beantragte gegen Schücker 2½ Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Buß als den Verführer 4 Jahre Zuchthaus, ferner beantragte er gegen beide auf 10 Jahre Ehrverlust und Unfähigkeit, als Zeugen eidlich vor einem Gericht vernommen zu werden, zu erkennen.

Es werden kostenpflichtig verurteilt: Schücker wegen Meineides zu 2 Jahren Zuchthaus, Buß wegen Anstiftung zum Meineid zu 3¼ Jahren Zuchthaus, ferner wurde auf dauernde Unfähigkeit erkannt, vor Gericht eidlich vernommen zu werden.

Aus den Provinzen.

⊙ **Rogel**, 6. Dez. (Theater.) Sonntag führte der kathol. Gesellenverein vor einem vollbesetzten Hause im Gasthof Kortmann das Ritterschauspiel „In Acht und Bann" in fünf Aufzügen auf. Die Rollen waren in guten Händen und das Spiel vorzüglich. In den Pausen sorgte das Orchester für angenehme Unterhaltung. Die nächsten Aufführungen finden am 11. und 18. Dezember statt.

△ **Ibbenbüren**, 5. Dez. (Allerlei.) Auf Anregung des kaufmännischen Vereins tagte unter dem Vorsitze des geistlichen Beirats Pastors Pricking eine große Versammlung, in der Domprediger Voß aus Osnabrück einen Vortrag über das Geheimnis des Lebens, der Kraft und des Erfolges in der katholischen Kirche sprach. — Am Heimatabend des kath. Gesellenvereins las der Heimatdichter Hollmann aus Osen aus seinen eigenen Werken vor. — Dem Direktor der landwirtschaftlichen Winterschule Dr. Krogmann ist der Titel „Landwirtschaftsrat" verliehen.

⊖ **Lengerich**, 5. Dez. (Das große Mühlrad kommt wieder zu Ehren.) Zum Leidwesen aller echten Freunde der Heimat hat man in den letzten Jahrzehnten überall das schöne alte Mühlrad verschwinden sehen, damit es der rentableren Turbinenanlage Platz mache. Den umgekehrten Weg geht jetzt Gutsbesitzer Erpenbeck bei seiner idyllisch gelegenen großen Mahl-, Öl- und Sägemühle. Er will die Kasselei der Kammräder des Turbinenwerkes nicht mehr hören und läßt das schöne alte Mühlenrad wieder zu Ehren kommen, das dem schönen Fleckchen Erde seine alte Poesie zurückgeben wird. Da Wasser genügend vorhanden ist, soll der Betrieb auch auf Erzeugung elektrischer Kraft eingerichtet werden. Um die Poesie beim Hause Erpenbeck voll zu machen, wird in einem Nebenhause der Mühle noch eine Schmiede eingerichtet, so daß Hammerschlag und Amboßklang sich mit dem Racketacketack des Mühlengetriebes wunderbar vereinen werden. Hoffentlich folgen noch mehr Mühlenbesitzer diesem schönen Beispiele, das der Heimat ihren Charakter wiedergibt.

+ **Aus dem Kreise Tecklenburg**, 5 Dez (Die Delegiertenversammlung des Landw. Kreisvereins) in Ibbenbüren unter dem Vorsitze des Kolon Harte-Velpe und im Beisein Dr. Jannings von der Landwirtschaftskammer gab dem § 15 der Satzung folgende Fassung. „Falls ein Vorstandsmitglied, ein Delegierter oder sonstiges Mitglied eines angeschlossenen Vereins durch sein Verhalten in den Verhandlungen des Landwirtschaftlichen Kreisvereins ein weiteres ersprießliches Zusammenarbeiten unmöglich macht, so kann seitens der Delegiertenversammlung sein Ausschluß mit Zweidrittelmehrheit auf längere oder kürzere Zeit erfolgen". — Der Ortsverein Ibbenbüren wurde wieder in den Landwirtschaftlichen Kreisverein aufgenommen. — Dann wurde beschlossen, kurz vor Weihnachten eine Generalversammlung abzuhalten, zu der zwei auswärtige Redner zu wirtschaftlichen Vorträgen gewonnen werden. — Die Beratung des Haushalts wurde bis zur nächsten Delegiertenversammlung, die in etwa 14 Tagen stattfinden wird, verschoben. — Für Belohnung langjähriger treuer Dienste des Gesindes bewilligte der Kreisverein 100 Mark, falls der Kreis, wie bisher, die gleiche Summe zur Verfügung stellt. — Den landwirtschaftlichen Ortsvereinen wird empfohlen, gelegentlich ihrer Winterfeste Frauentage zu veranstalten und entsprechende Vorträge halten zu lassen. — Hinsichtlich Steuererleichterungen aus Anlaß der Ernteschäden soll versucht werden, im Wege der Verhandlungen oder durch einen Massenprotest die berechtigten Forderungen durchzusetzen.

= **Westkirchen**, 5. Dez (Im Tode vereint.) Vor einigen Wochen feierte das Ehepaar Lohmann die diamantene Hochzeit. Vor etwa 10 Tagen starb nach kurzem Leiden die Frau, heute folgte ihr nach ebenfalls kurzem Krankenlager ihr Mann.

⚷ **Bocholt**, 5. Dez. (Als Stadt der alten Leute) hat Bocholt es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht. Es vergeht kaum eine Woche im Jahr, in der nicht irgend eine alte Dame oder ein alter Herr den mehr als achtzigsten Geburtstag begehen kann. Seltener schon ist der Fall, wenn ein Ehepaar durch alle Stürme des Lebens frisch und gesund bis in die 80er Jahre zusammenbleibt. Am Sünter Kloas-Tage vollendete Frau Anna Wink von der Langenbergstraße in bewundertswerter körperliche und geistiger Frische ihr 83. Lebensjahr. Ihr Magnus ist drei Vierteljahre jünger und steht ihr an Elastizität nichts nach. Auf viele Jahre noch!

Wulfen, 6. Dez. (Heimatbund der Herrlichkeit Lembeck.) Die Ortsgruppe des Heimatbundes der Herrlichkeit Lembeck hielt am Sonntag einen Heimatabend im Gasthof Altegoer ab. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes. Gewählt wurden Forstmeister Joly als erster und Lehrer Kellner als zweiter Vorsitzender, Lehrer Lippink als Schriftführer und Amtsrentmeister Schwingenheuer als Schatzmeister. Aus dem reichhaltigen Programm des Abends verdient der Vortrag des Amtsanwärters Dr. Flothe besondere Erwähnung, der Neues aus der Geschichte der Herrlichkeit Lembeck bot. Insbesondere kam die Entwicklung der Verwaltung vom 11. Jahrhundert ab, die Grafschaften, deren Gerichtsbarkeit, die Hof- und Markengesetze zu näherer Beleuchtung. Unbedingt neu war die Mitteilung, daß in früherer Zeit die ganze Herrlichkeit eine einzige Gemeinde gebildet habe, die erst später in sieben Teile zerlegt worden sei. In einem zweiten Vortrage sprach Hauptlehrer Lammersmann Erle über sächsische Hügelgräber in der Herrlichkeit.

⁂ **Dorsten**, 6. Dez. (Die größte chinesische Münzsammlung Deutschlands) Seit einigen Wochen hat das Missionsmuseum des Franziskanerklosters eine außerordentlich bedeutsame Bereicherung erfahren. Der ostasiatischen Abteilung ist die größte chinesische Münzsammlung überwiesen worden, die überhaupt in Deutschland besteht. Die Sammlung umfaßt auf 92 Tafeln 2558 verschiedene Münzen. Sehenswert ist auch eine neuerworbene Sammlung von chinesischen Amuletten, unter denen sich sehr hübsche Stücke chinesischer Kleinkunst befinden. Auswärtige Besucher seien darauf aufmerksam gemacht, daß das Museum im Winter von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags geöffnet ist, aber an Samstagen und Tagen vor Feiertagen regelmäßig geschlossen gehalten wird.

⚷ **Lippstadt**, 5. Dez. (Die feierliche Einweihung des großen Erweiterungsbaues des kath. Dreifaltigkeitshospitals) fand am Sonntag statt. Außer den Reg.-Vizepräsidenten von Münster und Arnsberg hatten sich auch Vertreter der Zentralbehörden der Provinz und der Kirche eingefunden. Vom Kardinalstaatssekretär war ein Telegramm eingelaufen, daß der Hl. Vater allen Schwestern und Kranken des Hauses den apostolischen Segen erteile. Die Verlesung dieser Nachricht rief allgemeine Begeisterung bei den versammelten Gläubigen hervor. Das Dreifaltigkeitshospital faßt nunmehr 300 Betten und enthält im neuen Teile alle medizinisch technischen Einrichtungen, welche ein modernes Krankenhaus erfordert. Ein eigenartiges Gepräge wird dem Bau durch die an der ganzen Gartenseite vorgebaute Glasliegehalle gegeben, wodurch es den Kranken ermöglicht ist, zu jeder Jahreszeit die heilende Kraft von Luft und Sonne auf sich einwirken zu lassen. Erbaut ist das Ganze vom Dombaumeister Sunder-Plaßmann aus Münster, der auch den ersten Bauteil vor 15 Jahren projektiert hatte. Obwohl das Krankenhaus mit allem versorgt ist, was man von einem neuzeitlichen Hospital fordern kann, stellen sich die Baukosten doch nur auf rund 400 000 Mark, was bei der neugewonnenen Bettenzahl von rund 100 als sehr mäßig bezeichnet werden muß. Möge das Haus der Stadt Lippstadt und der kath. Kirchengemeinde zum dauernden Segen gereichen!

Aus der Grafschaft Bentheim.

m **Schüttorf**, 5. Dez. (Die hiesige Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes) beging am Samstagabend das Fest des 25jährigen Bestehens. Der Vertrauensmann Clemens Erdenbrink entwarf ein übersichtliches Bild von der Entwickelung der Ortsgruppe innerhalb dieser Zeit. Redner hob hervor, daß die gründliche Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge eine Hauptaufgabe der Ortsgruppe sei. Daher seien hierfür drei Winterkurse eingerichtet, die rege Beteiligung fänden. — Einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt Gauvorsteher Ivers-Hannover über die Ziele und Aufgaben des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Vor einer neuen stärkeren Frostperiode!

Die drohende Kältezone Osteuropas.

Der allgemeine Verlauf der Witterung während der letzten Wochen zeigt einen von den Wintern der letzten Jahre erheblich abweichende Art. — Es wird bekannt sein, daß unsere nahe dem Meere gelegene Gegend nur dann eigentliches Winterwetter zu erwarten hat, wenn östliche Winde dominieren. Dieses ist aber im Durchschnitt sehr selten und, darum wird unser Klimabereich mit Seeklima bezeichnet, da eben weit überwiegend westliche Winde herrschen. Nur in einzelnen Jahren weicht die Witterungstendenz von dieser normalen Richtung ab und diese Jahre sind für uns solche mit strengen oder doch wenigstens kalten Wintern. Der Osten Europas, insbesondere aber Sibirien, ist die Gegend größter Winterkälte auf der ganzen Welt. Selbst im Polargebiet werden nur selten so märchenhaft niedrige Temperaturen gemessen wie über den Eiswüsten des nördlichen Rußlands und des inneren Sibiriens, wo wochenlang die normale mittlere Tagestemperatur über 30 Grad Frost beträgt und bereits 70 Grad Kälte gemessen wurden. In den meisten Jahren verharrt dieses Kältegebiet weit im Osten und kommt für unsere Gegend gar nicht oder nur vorübergehend in geringen Ausmaßen zur Auswirkung, hin und wieder dagegen dehnen sich die Kältewellen zungenartig bis zum westlichen Rußland und nach Skandinavien aus, um dort sich schließlich festzusetzen. Diese charakteristische Erscheinung lassen die letzten Tage mehr und mehr hervortreten, zur Zeit wird schon der östliche Teil Deutschlands und die Ostsee von hohem Druck beherrscht, den der westlichste Ausläufer der innenrussischen Kälte bildet. Die heranbrängenden ozeanischen Warmluftgebiete mit ihren westlichen Winden sind erneut abgeprallt und die immer mehr erstarkende Ostströmung — übrigens die überwiegende Windrichtung seit drei Wochen — verspricht ein weiteres Vorrücken der ostkontinentalen Kältewellen.

Läßt sich auch im Augenblick noch nicht übersehen, wann der genaue zeitliche Eintritt dieser neuen Kältewellen für unsere Gegend zu erwarten ist, so deutet doch die ganze Entwicklung der Luftdruckformationen, das allgemeine atmosphärische Strömungsbild darauf hin, daß wir ähnlich wie Mitte November mit einem neuen Vorstoß der in diesem Jahre so aktiven osteuropäischen Kältezonen rechnen müssen und demnach zwar langsam, aber sicher einer abermaligen stärkeren Frostperiode entgegengehen. Ob diese mit Schneefällen verbunden ist und von längerer Dauer ist, läßt sich noch nicht vorhersagen. L.

Vermischtes.

* **Selbstmordversuch der Hauptmanns-Witwe Ellen Holtz.** w Berlin, 6. Dez. Die vor einigen Tagen wegen Verleitung zum Meineide zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Hauptmannswitwe Ellen Holtz hat im Untersuchungsgefängnis nachts einen Selbstmordversuch verübt, indem sie sich aus einem Betttuch einen Strick verfertigte und damit an der Zellentür aufhängte. Ihre Zellengenossin vereitelte das Vorhaben, indem sie sich an den Strick hängte, so daß dieser abriß. Frau Holtz ist jetzt ins Lazarett übergeführt worden.

* **Selbstmord eines Mitgliedes der Familie Merck.** Darmstadt, 6. Dez. Vor zehn Tagen starb, wie die Blätter meldeten, Frau Ernestine Merck geb. v. Bieberstein, eine bekannte Sportfreundin aus der Gesellschaft eines plötzlichen Todes. Jetzt hat sich der Fabrikdirektor Pfarr, ein Schwiegersohn der Familie Merck, nach amtlichen Ermittlungen in seiner Jagdhütte bei Jugenheim mit einem Jagdgewehr erschossen.

* **Großes Unglück durch kindlichen Unverstand.** München, 6. Dez. In Rehberg in Niederbayern goß an die Kinder des Kleinbauern Binder Benzin auf die heiße Ofenplatte. Vier mit lebensgefährlichen Brandwunden bedeckte Kinder konnten durch die Mutter, die selbst schwere Brandwunden davontrug, gerettet werden. Das fünfte Kind mußte die Mutter den Flammen überlassen.

* **Zugunglück in Luxemburg.** w Luxemburg, 6. Dez. Ein in die Station Bettenburg einlaufender Personenzug wurde in einer Weiche von einer rangierenden Lokomotive von der Flanke her angefahren. Die beiden Lokomotiven wurden beschädigt. Der Sachschaden ist sehr groß. Mehrere Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

* **Unwetterschäden in Spanien.** w Madrid, 6. Dez. Im Südosten der Halbinsel wurde durch Regenfälle und Hagel beträchtlicher Schaden angerichtet. In der Provinz Valencia zerstörte der Hagel einen Teil der Orangenernte. Der Hagel lag stellenweise über sieben Zentimeter hoch. In der Provinz Malaga führte ein Gewitter Überschwemmungen herbei durch die ein Zug zur Entgleisung gebracht wurde.

* **Ausbreitung der Choleraepidemie in Indien.** London, 6. Dez. Die Choleraepidemie in Bengalen hat sich nach Berichten aus Kalkutta über ganz Nordindien ausgedehnt. Die Schwierigkeiten sind durch den Ausbruch von schwarzen Pocken noch erhöht worden. Die Lage gilt als ernst.

Frau Subkoff klagt in Berlin.

* w **Berlin**, 6. Dez. **(Tel.)** Vor einigen Tagen ist in Berlin im Verlage von Karl Wörles unter dem Titel „Herzensroman der Prinzessin Viktoria und Alexander Subkoffs" ein Buch erschienen, das sich in seinem ersten Teile mit einer vor langen Jahren zwischen der Prinzessin und Alexander von Battenberg, dem späteren Fürsten von Bulgarien spielenden Angelegenheit und in einem zweiten Teile mit den Beziehungen zwischen der Prinzessin Viktoria von Preußen und dem russischen Tänzer Subkoff befaßt. Das Titelblatt zeigt das junge Ehepaar und die Hohenzollern in Farben. Gegen die weitere Verbreitung des Buches hat Subkoff mit seiner Ehefrau eine einstweilige Verfügung erwirkt, die dem Verlag den Vertrieb des Buches verbietet. Der beklagte Verlag hat gegen die einstweilige Verfügung Einspruch erhoben.

— Wie aus Bonn gemeldet wird, ist der gestern beim Abspringen des Vorderreifens seines Motorrades verunglückte A. Subkoff heute vom Godesberger Krankenhaus nach dem Palais seiner Gattin, der ehemaligen Prinzessin Viktoria gebracht worden. Er hat außer einigen äußeren Kopfverletzungen eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen, sowie eine unbedeutende Quetschung.

Hotelbrand in Amerika.

* Newyork, 6. Dez. **(Tel.)** In St. Louis ist in dem hinteren Flügel des Buckingham-Palastes eine Feuersbrunst ausgebrochen, wobei fünf weibliche Angestellte des Hotels in den Flammen umgekommen sind. Acht weitere Personen wurden durch Brandwunden schwer verletzt und drei werden noch vermißt. Die Hofseite des Hotels ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Hunderttausend Dollar. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Lohnbewegung.

Vor einem Bergarbeiterstreik in Jugoslawien.

Belgrad, 6 Dez. Wie die „Prawda" aus Laibach meldet, steht der Streik der 15 000 Kohlenarbeiter in Jugoslawien bevor. Die Grubenbesitzer lehnen die Lohnforderungen der Bergarbeiter unter der Begründung ab, daß ihre Lieferungen an den Staat unter dem Minimalpreis bezahlt werden, was eine Notlage im jugoslawischen Bergbau herbeigeführt hat.

Vereine und Veranstaltungen.

Münster, 7 Dezember.

Konzert des Münster-Baden Männergesangvereins 1889 e. V. Der Münsterische Männergesangverein veranstaltet unter seinem rührigen Chormeister H. Grein mit dem Städtischen Orchester unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Dr. R. von Alpenburg am Donnerstag, den 8 Dezember abends 8 Uhr in der Stadthalle sein diesjähriges Hauptkonzert. Der Verein, der mit einem vollständig neuen Programm an die Öffentlichkeit tritt, hat keine Mühen gescheut, um dem gesang- und musikliebenden Publikum einige genußreiche Stunden zu bereiten. Kartenvorverkauf bei E. Wendel G. m. b. H., Salzstraße 57.

